Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Zukunftsfähige Ausgestaltung der Kinderbetreuung in Marbach.
Keine Streichung von Stellen ohne strukturelle Reform!

1. **Auf die Streichung der vorgesehenen 5,27 + 2,95 VZÄ in der Kinderbetreuung im GT 9 und GT 10 Bereich wird verzichtet. Die Stellen werden nicht besetzt, sondern bleiben zunächst eingefroren.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, den Bedarf nach GT 9 und GT 10 bei den Eltern zu erfassen.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, folgende strukturelle Anpassungen zu prüfen und dem Gemeinderat mit einer Bewertung der finanziellen, organisatorischen und rechtlichen Auswirkungen vorzulegen mit dem Ziel, eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung zu ermöglichen:**

a) **Pilotprojekt „Platz-Sharing“ für U3-Plätze**

Eltern teilen sich einen U3-Platz (z.B. 2- und 3-Tage-Modell) zu anteiligen Gebühren.

b) **Gestaffelte Kindergartenbeiträge nach tatsächlicher Betreuungszeit**

Einführung einer 6-stündigen Basisbetreuung (VÖ) mit modular zubuchbaren Zeiten vor 7 und bis 14, 15, 16 oder 17 Uhr gegen gestaffelte Beiträge.

c) **Flexible Zusatzkontingente**

Einführung eines Kontingents zusätzlicher Betreuungstage oder -stunden pro Jahr, nutzbar nach Voranmeldung und gesonderter Abrechnung, zahlbar per Rechnung.

Begründung

Die Verwaltung schlägt aktuell vor, acht derzeit unbesetzte Vollzeitstellen aus dem Stellenplan der Kinderbetreuung zu streichen, um dauerhaft Personalkosten einzusparen. Eine pauschale Streichung von Fachpersonal ohne strukturelle Anpassung des Systems lehnen wir entschieden ab.

Die Stadt Marbach baut Infrastruktur ab, die die Attraktivität des Standorts dramatisch verschlechtert. In vielen Familien sind beide Elternteile erwerbstätig, um ihr Leben zu finanzieren. Eine Einschränkung der Betreuungszeiten oder des Angebots trifft daher breite Teile der Stadtgesellschaft. Der 9- und 10-stündige Ganztag ist insbesondere für Frauen und Alleinerziehende in Vollzeitbeschäftigung eine zentrale Voraussetzung zur Sicherung ihres Lebensunterhalts. Ohne verlässliche Ganztagsbetreuung steigt das Armutsrisiko erheblich.

Gleichzeitig sind Betreuungszeiten in Marbach weiterhin nicht verlässlich. Diese Personalstellen im Bereich der 10-stündigen Ganztagsbetreuung sichern in Zeiten hohen Krankenstands zumindest die Absicherung eines 8-stündigen Ganztagsbetriebs.

Die extrem hohen Gebühren im U3-Bereich führen dazu, dass Einrichtungen teilweise nicht ausgelastet sind und Eltern dennoch ohne Betreuung dastehen. Familien reduzieren ihre Arbeitszeit, weil sich Erwerbstätigkeit in Teilzeit finanziell so nicht lohnt. Qualifizierte weibliche Fachkräfte bleiben zuhause und gehen dem Arbeitsmarkt auch dauerhaft verloren. Gleichzeitig verliert die Stadt mittel- bis langfristig Einkommensteueranteile und an Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort – gerade, wenn mit dem Keltergrund ein neues Baugebiet vermarktet werden soll.

Wir erkennen an, dass die strukturell mangelhafte Finanzierung der Kinderbetreuung durch das Land hier auf die Kommunen durchschlägt. Diese Schieflage darf jedoch nicht durch Leistungskürzungen oder Stellenabbau auf dem Rücken der Eltern ausgeglichen werden. Vielmehr braucht es politischen Druck auf Landesebene, um eine verbesserte Finanzierung sicherzustellen. Im Zuge des Landtagswahlkampfes haben mehrere Parteien versprochen, hier gegenzusteuern und sogar ein für Eltern kostenloses Kindergartenjahr einzuführen.

Strukturelle Veränderungen bedeuten aus unserer Sicht gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten nicht, weniger anzubieten, sondern Angebote flexibler, bedarfsgerechter und zukunftsorientierter zu organisieren.

Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen – Platz-Sharing, modulare Betreuungszeiten und flexible Zusatzkontingente – sollen:

- die Auslastung verbessert,
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt,
- Gleichstellung gefördert,
- Personalressourcen effizienter eingesetzt und
- die Attraktivität Marbachs als kinder- und familienfreundliche Kommune gesichert werden.

Kinderbetreuung ist keine freiwillige Zusatzleistung, sondern zentrale Bildungs- und Infrastrukturaufgabe. Kurzfristige Einsparungen durch Stellenabbau würden langfristig soziale und wirtschaftliche Folgekosten nach sich ziehen.

Marbach will attraktiv sein im Speckgürtel von Stuttgart. Dabei brauchen wir Orientierung an der Realität der Familien.

Diese geplante Rückabwicklung unseres Betreuungsangebotes manifestiert Altersarmut und finanzielle Abhängigkeit und passt nicht zu einer Stadt Marbach am Neckar, die als Ort für Familien und Kinder modern und zukunftsorientiert handeln möchte.

Marbach am Neckar, am 05.03.2026

Barbara Eßlinger, Christina Häußler, Birger Laing, Jürgen Waser, Susanne Wichmann